

Umgehungsstraße: Antrag der FWG abgelehnt

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner,

die FWG hat vor den Kommunalwahlen 2009 die Forderung aufgestellt, dass eine südliche Ortsumgehung in die Planung aufgenommen wird. Diese soll die K19 (Gronau/Assenheim) mit der K20 (Rödersheim/Meckenheim) außerhalb des Wohnbereiches verbinden. Mit drei Stichstraßen soll der Ort an diese Straße angebunden werden.

Wir sehen in der Umgehungsstraße eine enorme Verbesserung der Wohnqualität der Bürger von Rödersheim-Gronau.

Besonders auch die Verkehrsplanung im geplanten Neubaugebiet "Hinter der Kirche St. Leo" würde sich erheblich verbessern.

Bisher soll der Verkehr auf Pfaffenpfad und über die Kreuzung Hoher Weg / Schäfergasse ein- und ausfahren.

Nun, die Schäfergasse muss nicht nur den Verkehr dann aufnehmen, sondern auch den Verkehr zur Grundschule und zur KiTa. Nach unserer Meinung kann das eine gefährliche Sache werden.

Um für eine Umgehungsstraße die Meinungen der übergeordneten Behörden, z.B. Kreisverwaltung, in Erfahrung zu bringen,

haben wir am 28.04.2010 im Gemeinderat einen Antrag gestellt auf Erstellung einer Machbarkeitsstudie durch die Kreisverwaltung.

Hierbei sollte geklärt werden, ob eine Verlegung der Kreisstraße K19 überhaupt machbar ist.

Wir, die FWG, drucken im Originaltext unseren Antrag nachstehend ab, damit die Einwohner/innen hier direkt informiert werden:

Antrag der FWG-Fraktion von Rödersheim-Gronau für die Gemeinderats-sitzung am 28.04.2010:

Die FWG stellt den Antrag, dass die Ortsgemeinde Rödersheim-Gronau bei der Kreisverwaltung des Rhein-Pfalz-Kreises eine Machbarkeitsstudie beantragt.

Ziel ist, durch eine Verlagerung der Hauptverkehrsstraßen Assenheimer- und Hauptstraße als südliche Orts-umgehung außerhalb des Ortsbereiches die Einwohner vom Straßenverkehr zu entlasten.

Begründungen:

Frühere Planungen, die eine zweite Verkehrsachse vorsehen, sind auf Grund der demografischen Entwicklung als nicht mehr realistisch anzusehen.

Zur Komplettierung einer solchen Verbindung zwischen Assenheimer- und Meckenheimerstraße sind noch 4 Baugebiete (einschl. Hinter der Kirche St. Leo) erforderlich, die, wenn überhaupt, erst in vielen Jahrzehnten vorhanden wären.

Es ist nicht anzunehmen, dass ein solcher Bedarf nach Bauplätzen entstehen wird.

Um eine Entlastung der Anwohner der Hauptverkehrsstraßen Assenheimer- und Hauptstraße zu erreichen und die Wohnqualität erheblich zu verbessern, halten wir die Verlegung der Kreisstraße K19 für zwingend erforderlich.

Eine von uns durchgeführte Umfrage zum Thema Ortsumgehung ergab nach Auswertung der Antworten, dass 77 % der Antwortenden für diese Umgehung sind.

Wir nehmen diese Aussagen ernst.

Für die Verwirklichung dieser Straße muss jedoch Gelände geopfert werden. Die FWG steht für Naturschutz. Wenn aber bei Gesundheit, Wohlbefinden und Erhöhung der Lebensqualität der An- bzw. Einwohner eine wesentliche Verbesserung erforderlich ist, dann muss nach unserer Meinung der Mensch vor der Natur kommen.

Dieses Projekt ist viel zu wichtig, um es zum Spielball politischer Meinungsverschiedenheiten zu machen, hier geht es um ein großes Stück Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner von Rödersheim-Gronau.

Wir bitten den Gemeinderat, in unserem Sinne zu entscheiden und den ersten Schritt zu einer Entlastungs- bzw. Umgehungsstraße zu machen.

Antrag Ende

Zu unserem Erstaunen haben die Fraktionen von CDU/ÖDP und SPD unseren Antrag ohne eine einzige Rückfrage oder Diskussion zum Thema abgelehnt, d.h., die Mehrheit im Gemeinderat war noch nicht einmal bereit, eine Studie anfertigen zu lassen.

Hier einige ihrer Gegenargumente:

- **zu wenig Verkehr für eine Umgehungsstraße (CDU)**

Meinung der FWG:

Fragt doch mal die Anwohner der Hauptverkehrsstraßen. Die Bürger sagen euch gerne, was wenig oder viel Verkehr ist.

- **die Einzelhändler im Ort sind auf den Durchgangsverkehr angewiesen (CDU)**

Meinung der FWG:

Wenn das die Einzelhändler sind, welche die CDU/ÖDP in das geplante Gewerbegebiet aussiedeln möchten, dann werden deren Geschäfte wegen des dann fehlenden Durchgangsverkehrs ganz schlecht laufen.

- **die ÖDP gab bereits in der Haushaltsrede 2009 bekannt, dass diese Straße niemand benutzt, aber 2,1 ha Gelände verloren geht.**

Meinung der FWG:

Durch die beiden Stimmen der ÖDP, die in den Jahren 2004 bis 2009 im Gemeinderat der CDU zur Mehrheit verholfen haben bei allen Beschlüssen zum Gewerbegebiet, gehen dort ca. 6,4 ha hervorragender Ackerboden in nächster Zeit verloren.

- **Die SPD war dagegen wegen der Kosten und gab zu unserem Antrag zu bedenken, sie habe den Eindruck, dass hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird.**

Meinung der FWG:

Wenn die Wohnqualität der Anwohner der Hauptverkehrsstraßen für die SPD „mit Kanonen auf Spatzen geschossen“ bedeutet, werden die Einwohner das sicher nicht so schnell vergessen.

Stellungnahmen der FWG zum Haushaltsplan 2010/2011 und Investitionsplan bis 2013

Bei der Abstimmung des Doppelhaushaltsplanes für die Jahre 2010/2011 und dem Investitionsplan bis 2013 hat die FWG in der Gemeinderatssitzung am 15.06.2010 mit **NEIN** gestimmt, weil wir diese Verschuldung nicht mit tragen werden.

Zudem befürchten wir, dass wichtige Projekte in der Kinder-, Familien- und Seniorenarbeit, der Vereinsarbeit und andere Aufgaben durch die Kreditaufnahmen gefährdet sind.

Da machen wir nicht mit!

Auch hier drucken wir im Originaltext unsere Stellungnahmen ab, um auch hier direkt zu informieren:

Unsere Stellungnahmen:

Stellungnahmen der FWG zum Investitionsplan bis 2013 und die Haushalts-satzung mit –plan für den Doppelhaushalt 2010/2011

Heute geht es um den Doppelhaushalt 2010/2011 und den Investitionsplan bis 2013.

Es wurde schon im Haupt- und Finanzausschuss darüber beraten und hier bereits vorgetragen, so dass wir uns Zahlen weitestgehend sparen können.

Erhöhen wird sich die Kreisumlage von 38,4 auf 40,75 %, was bis 2011 Mehrkosten von 13 T€ verursacht.

Auch die Verbandsgemeindeumlage erhöht sich von 32,8 auf 35,7 %, was 38 T€ höhere Aufwendungen im Jahre 2010 für unseren Haushalt bedeutet.

Diese Mehrkosten müssen wir akzeptieren. Auch Kosten für Grundschule, Kindergärten, Spielplätze und Umbau der Leichenhalle, um nur einige Ausgaben zu nennen, müssen berücksichtigt werden.

Trotz sparsamer Handhabung der Finanzmittel wird der Doppelhaushalt 2010/2011 nicht ausgeglichen sein.

Im Haushalt 2010 werden ca. 755 T€ und im Jahre 2011 ca. 708 T€ fehlen.

Natürlich müssen im Haushalt Kosten geschultert werden, die unbedingt erforderlich sind und demzufolge auch eine Verschuldung verursachen.

Der zu Beginn 2010 vorhandene Schuldenstand von 2,8 Mio € wird sich zum Ende 2010 auf 3,7 Mio € erhöhen.

Bis Ende 2011 wird der Schuldenberg sich auf enorme 4,5 Mio € erhöhen und in den Folgejahren 2012 mit 4,4 und in 2013 mit ca. 4,6 Mio € in etwa auf diesem Stand verbleiben.

Dabei sind eventuelle Grundstücksverkäufe bei Schlosspfad und Gewerbegebiet bereits rechnerisch berücksichtigt, sonst wären diese Zahlen noch höher.

In diesen Zahlen der Verschuldung sind in den Jahren 2010 bis 2013 ca. 2 Mio € zur Realisierung des Gewerbegebietes enthalten.

Dem gegenüber stehen geplante Verkaufserlöse in diesem Zeitraum von nur ca. 600T€.

Wie sieht denn die Situation bei den Zinsen aus?

In 2009 betrug die Zinsbelastung für die Gemeinde 144 T €.

Wie hoch durch die Schuldenstände die Zinsbelastungen für den Gemeindehaushalt werden, wird aus den folgenden Zahlen ersichtlich:

im Jahre	2010	245 T €
	2011	346 T €
	2012	325 T €
	2013	306 T €

Und das sind nur Zinsen, noch keine Tilgungen.

Es müssen schon etliche Grundstücke verkauft werden, um diese Zinsbelastung zu bewältigen.

Nach wie vor ist die FWG der Meinung, dass die Gemeinde einen finanziellen Einbruch erleben wird, denn wir halten die Grundstücke im Gewerbegebiet mangels fehlendem Kaufinteresse und von uns erwarteten höheren Quadratmeterpreisen – als von den Befürwortern bisher genannt – für nicht oder kaum verkäuflich.

Alles in Allem betrachtet, wird die finanzielle Schmerzgrenze durch das Gewerbegebiet und die dafür erforderlichen Kredite weit überschritten.

Wir sind mit Haushaltssatzung– und plan 2010/2011 und dem Investitionsplan bis 2013 im Grunde einverstanden.

Wir sehen uns aber nicht in der Lage, die nach unserer Meinung unverantwortlich hohe Kreditaufnahme für das Gewerbegebiet mit zu tragen.

Wir stimmen deshalb – nur wegen dieser Kredite – dem Doppelhaushalt 2010/2011 und dem Investitionsplan bis 2013 nicht zu.

Wir bitten, das im Protokoll zu vermerken.

Wir bedanken uns bei Herrn Mattern und seinem Team für die Ausarbeitung und Erstellung der Unterlagen und wünschen Herrn Mattern alles Gute im bevorstehenden Ruhestand.

*Freie Wählergruppe
Rödersheim-Gronau e.V.*

Gerhard Weinacht
Fraktionsvorsitzender

Ende der Stellungnahmen

Haushalt 2010/2011 nicht genehmigt

Gemeinderatssitzung am 16.09.2010

Die Kommunalaufsicht hat den Haushalt der Gemeinde, wie wir es erwartet hatten, so nicht genehmigt.

Am 16.09. mussten deshalb im Gemeinderat etliche Positionen überarbeitet werden.

Außerdem hat die Kommunalaufsicht die Erschließung des Gewerbegebietes in Frage gestellt und sich vorbehalten, die Kreditaufnahme einzeln zu genehmigen.

Der Start der Erschließung steht in Abhängigkeit von Grundstückskäufern, d.h. die Erschließung kann erst vorgenommen werden, wenn Käufer vorhanden sind.

Zum Zeitpunkt der Drucklegung hat noch kein Interessent verbindlich den Kauf eines Grundstückes im Gewerbegebiet zugesagt.



glaubwürdig, transparent, bürgernah

Haben Sie Fragen, Wünsche, Anregungen ?

Einfach anrufen bei unseren

Fraktionsmitgliedern:

Gerhard Weinacht	Tel. 3133
Christine Schollenberger-Diehl	Tel. 403878
Thomas Angel	Tel. 403936
Gudrun Hauck-Reiss	Tel. 2650